

Werden die Deutschen immer ärmer?

Walter Krämer

Ja, wenn man dem Zweiten Armuts- und Reichtumsbericht der soeben abgelösten Bundesregierung glaubt. Nein, wenn man sich nach den Vereinten Nationen richtet. Diese nennen einen Menschen arm, der weniger als einen Dollar täglich zum Leben zur Verfügung hat. Nach einer Schätzung der Weltbank sind danach rund ein halbe Milliarde Menschen, darunter aber keine Deutschen, heute weltweit arm. Das ist nur noch die Hälfte der Zahl von 1980, aber schlimm genug. Die deutsche Bundesregierung dagegen definiert als arm, wer weniger als 60 Prozent des deutschen Durchschnittseinkommens zur Verfügung hat. Diese Armutsgrenze lag im Jahr 2003 nach Abzug aller direkten Steuern und Sozialabgaben bei 938 Euro pro Kopf und Monat und trennt 13,5 Prozent der Bevölkerung als „arm“ vom Rest der Deutschen ab. Vier Jahre früher waren es nur 12,9 Prozent gewesen. Ein Mensch mit 900 Euro im Monat oder 30 Euro am Tag zur freien Verfügung ist damit, obwohl in Kalkutta ein Krösus, in Hamburg arm.

Natürlich muß man dabei auch die abweichenden Lebenshaltungskosten bedenken. Aber ein großer Teil der etwa vom DGB so sehr beklagten „Armut“ in westlichen Industrienationen ist ein reines Artefakt einer völlig weltfremden und widersinnigen Begriffsbestimmung. Das fängt mit der ausschließlichen Fixierung auf das Einkommen an. Als die Menschen in Europa noch von Ackerbau und Viehzucht lebten, war das Vermögen und nicht das Einkommen, war Land- und Viehbesitz das Kriterium für arm und reich, und so ist das in vielen Entwicklungsländern dieser Welt noch heute.

„Wer sechs Roß im Stall stehen hat, ist ein Bauer und sitzt im Wirtshaus beim Bürgermeister und beim Ausschuß,“ beschreibt Ludwig Thoma die Sozialstruktur im dörflichen Bayern des Jahres 1900. „Wenn er das Maul auf tut und über die schlechten Zeiten schimpft, gibt man acht auf ihn ... Wer fünf Roß und weniger hat, ist ein Gütler und schimpft auch. Aber es hat nicht das Gewicht und ist nicht wert, daß man es weitergibt. Wer aber kein Roß hat und seinen Pflug von ein paar mageren Ochsen ziehen läßt, der ist ein Häusler und muß das Maul halten.“

Neben Kühen und Pferden gehört zum Vermögen auch das kürzlich zum Unwort des Jahres gewählte „Humankapital“. Eine gute Hochschulausbildung etwa ist ein wertvoller Bestandteil unseres Vermögens; ein Diplomingenieur, auch wenn vorübergehend ohne Arbeit und von weniger als 938 Euro im Monat lebend, ist natürlich niemals arm, genausowenig wie die Hundertausende von Studenten, die nicht mehr zu Hause wohnen und mit ihren Bafög-Sätzen statistisch zu den Armen unseres Landes zählen.

Aber auch das Einkommen selbst wird falsch gemessen. In Deutschland zählen etwa die sogenannten „Arbeitgeberbeiträge“ zur Sozialversicherung, obwohl sachlich Teil des Bruttolohnes, nicht zum Einkommen der Arbeitnehmer. Das internationale LIS-Projekt dagegen („Luxembourg Income Study“) rechnet sämtliche zu welchen Zwecken auch immer geleisteten „Arbeitgeberbeiträge“ dem Einkommen des Arbeitnehmers zu. Bei einer Fixierung auf das verfügbare Einkommen ist das nicht so wichtig, bei einer Bruttobetrachtung aber schon. Ebenfalls im Einkommen nicht mitgerechnet werden in Deutschland viele monetäre und reale Staatstransfers: Subventionen für den öffentlichen Nahverkehr, für den sozialen Wohnungsbau, für Schwimmbäder, Bibliotheken und Theater erhöhen real das Einkommen der Nutzer, gehen aber in keine Armutsmessung ein. Allein die vermeintlich kostenlose Hochschulausbildung von zwei Kindern etwa, die anderswo von der Familie selbst zu zahlen wäre, würde, falls dem Einkommen der Familie zugeschlagen, jeden deutschen Armenhaushalt weit über jede Armutsgrenze tragen: Bei durchschnittlich 10.000 Euro staatlicher Subventionen pro Kopf und Jahr für einen Studienplatz an deutschen Universitäten wäre das Jahreseinkommen dieser Familie 20.000 Euro höher.

Nach aktueller Praxis unberücksichtigt bleibt auch das Einkommen aus Schattenwirtschaft und Hauhaltsproduktion. Wie man sich leicht durch einen Besuch in einem Baumarkt überzeugt, produzieren moderne Haushalte viele früher am Markt gekaufte Dienstleistungen und Güter heute selbst; die so in deutschen Haushalten erwirtschaftete Einkommen belaufen sich inzwischen auf über 500 Milliarden Euro jährlich, aber nur rund 50 Milliarden davon, vor allem die hypothetischen Mieten bei selbstgenutztem Wohnraum, werden offiziell erfaßt. Würde man auch den Rest der Haushaltsproduktion sowie den Geldwert häuslicher Dienste wie Altenpflege, Kinderbetreuung, Kochen, Waschen, Bügeln usw. dem Einkommen zuschlagen, wie es die ökonomische Vernunft gebietet, wäre dieses im Durchschnitt über alle Haushalte um ein Drittel höher.

Um weitere 15 Prozentpunkte höher wäre es bei Berücksichtigung aller illegalen Einkommen aus Schwarzarbeit. Wie die Schlagzeile „Mit dem Jaguar zum Sozialamt“ aus einer deutschen Boulevardzeitung beweist, können sich viele nach offizieller Lesart „arme“ Menschen in Deutschland heute einen Lebensstandard leisten, von dem neun Zehntel aller Menschen anderswo nur träumen können.

Verschärft wird dieser Meßfehler beim Einkommen noch durch eine weitere Unschärfe bei der Berechnung der Armutsgrenzen für Familien. Selbst wenn man die 938 Euro pro Monat als Armutsgrenze für eine Einzelperson akzeptiert, bleibt unklar, wieviel ein Ehepaar, oder ein Ehepaar mit Kindern, zur Überwindung der Armutsgrenze braucht.

Die OECD schlägt hier zwei Varianten vor. Nach der alten OECD-Skala brauchen zwei erwachsene Personen 170 Prozent der Mittel, um das gleiche Niveau der

Bedürfnisbefriedigung zu erreichen wie eine Person mit 100 Prozent, und mit jedem Kind unter 15 Jahren steigt dieser Bedarf um weitere 50 Prozentpunkte an – die Fixkosten für Wohnung, Heizung, Fernsehzeitung usw. verteilen sich auf immer mehr Köpfe, der Bedarf pro Kopf nimmt ab. Nach der neuen Variante steigt der Bedarf für jede zusätzliche Person über 15 Jahre nur noch um 50 Prozentpunkte und für jede Person unter 15 Jahren nur noch um 30 Prozentpunkte an, und je nachdem, welche Skala man benutzt, ist eine kinderreiche Familie einmal arm und einmal nicht. Nach der alten Skala etwa hat eine Familie mit fünf Kindern und einem durchschnittlich verdienenden Ernährer kaum eine Chance, nicht statistisch arm zu sein – der ihr zugerechnete Minimalbedarf nimmt mit wachsender Zahl der Kinder so schnell zu, daß man selbst mit einem guten Einkommen bald darunter bleibt. Mit der neuen OECD-Skala dagegen wächst die Armutsgrenze nicht so schnell, und so geht die Armutsquote bei Kindern in Deutschland allein wegen dieser statistischen Umdefinition von 18,6% auf 15,0% zurück. Bei Menschen über 65 Jahren dagegen, die in der Regel keine Kinder mitversorgen müssen, steigt sie von 7,5% auf 11,4% an.

Abseits all dieser Berechnungsprobleme sind die die Armutsgrenze und die Armutsquote dann auch noch ohne Rücksicht auf ökonomische und statistische Vernunft am Durchschnittseinkommen aller Landesbürger festgemacht, und diese Fehlkonstruktion disqualifiziert diese Zahlen vollends für eine seriöse Armutsdiskussion. Denn dadurch wird man sehr schnell arm oder reich, nicht weil die persönlichen Umstände sich verändert hätten, sondern weil die Armutsgrenze sich verschiebt. Viele DDR-Haushalte, vor der deutschen Wiedervereinigung komfortabel über der DDR-Armutsgrenze liegend, wurden durch das freudige Ereignis von der neuen und höheren gesamtdeutschen Armutsgrenze quasi überrollt, und lagen dann darunter – durch die Wiedervereinigung sind hunderttausende Deutsche über Nacht statistisch gesehen verarmt.

Aber auch viele ihrer Brüder und Schwestern im Westen bleiben durch die Definition der Armutsgrenze auf ewig unter dieser gefangen; wenn alle im Gleichschritt immer reicher werden, bleibt der Anteil derer, die weniger als 60 Prozent des Durchschnitts haben, immer gleich. Wie bei einem Schiff in einer Schleuse, dessen unter dem Wasser liegender Teil stets der gleiche bleibt, völlig unabhängig davon, wie hoch das Wasser in der Schleuse steigt, ist durch diese relative Armutsgrenze die Armut quasi im System verankert, die Armutsgrenze läuft wie ein Regenbogen auf ewig vor den Armen her.

Was man mit der Quote derjenigen, die weniger als 60% des Durchschnitts haben, also wirklich misst, ist weniger die Armut als die Ungleichheit. Auch die ist wohlfahrtsökonomisch schädlich, weil jede Umverteilung von arm auf reich unter sonst gleichen Umständen die gesellschaftliche Wohlfahrt steigert (der Reiche verliert in Nutzen gemessen weniger, als was der Arme gewinnt), hat aber mit Armut nichts zu tun. Denn wahre Armut kann man nur verringern, indem man den Armen etwas gibt, nicht, indem man den Reichen etwas nimmt. Denn genau das wäre doch der schnellste Weg zur Beseitigung der DGB-Armut, in Deutschland und weltweit: Wir nehmen den Reichen ihre Mehrverdienste weg, dann haben alle das gleiche und die Armut ist verschwunden.

